

# Vermögenskonzentration und Finanzkrise

*In den USA ist in den vergangenen Wochen eine Protestbewegung herangewachsen, die sich unter dem Motto „Occupy Wall Street“ gegen die Zumutungen des Finanzkapitalismus wehrt, gegen Arbeits- und Perspektivlosigkeit auf der einen Seite und gegen Reichtum und Macht der Wall Street auf der anderen Seite. Es sollte von der Politik und auch von den linken Bewegungen hierzulande jedoch zur Kenntnis genommen werden, dass ein Thema im Zentrum der Proteste steht. Es ist nicht die Frage der Finanzregulierung, der Bankenrettung oder der Verschuldung. Es ist etwas viel Fundamentaleres: die Verteilungsfrage.<sup>1</sup>*

## Die Ursachen der Krise

Zunächst einmal muss daran erinnert werden, mit was für einer Krise wir es zu tun haben: mit einer Finanzkrise nämlich, die ihren Ursprung eben in den Finanzmärkten hat. Die derzeitige Krise wird politisch gewollt zur Schuldenkrise umdefiniert, obwohl sich viele Länder erst für die Rettung ihrer Banken so überschuldet haben, für die die Staaten – das heißt: die Bevölkerung – zu zahlen haben.

Für die Finanzkrise lässt sich eine Reihe von Ursachen aufzählen, darunter die Deregulierung und die nun möglichen „Finanzinnovationen“, die globalen Zahlungsbilanzungleichgewichte und auch die künstlich niedrigen Zinsen – in den USA zur Bekämpfung der vorherigen Finanzkrise, der Dotcom-Krise, und in Europa als Folge der Euro-Einführung –, die in zahlreichen Ländern zu einer Immobilienblase führten. Die Kombination von billigem Geld, Deregulierung (nicht zuletzt des Hypothekenmarkts) und Finanzinnovationen (Verbriefungen, Credit Default Swaps) führte direkt in die Finanzkrise. Durch die zahlreichen Bankenrettungspakete in Kombination mit den hohen Leistungsbilanzdefiziten vieler Länder, die durch Schulden ausgeglichen werden müssen, mutierte diese anschließend zur Schuldenkrise. Von den „drei Us“, Ungleichheit, internationale Ungleichgewichte und unterregulierte Märkte sprechen daher Gustav Horn und Till van Treeck.<sup>2</sup>

Diese verknappte Darstellung der jüngeren Ereignisse vermag jedoch nicht zu erklären, woher die gewaltige Macht der Finanzmärkte herrührt, warum zum Beispiel auch jetzt schon wieder die europäischen Staaten Pläne für erneute Finanzspritzen – auf Kosten der Steuerzahler, versteht sich – für Banken schmieden, die sich auf andere Weise kein ausreichendes Eigenkapital besorgen können.

Auch dafür gibt es mehrere Gründe. Da ist zum einen die erpresserische Macht der TBTF-Banken (Too Big To Fail), deren schiere Größe auch wiederum zum Teil durch Deregulierung zu erklären ist, insbesondere durch das Einreißen der nach der Weltwirtschaftskrise errichteten Trennung zwischen Investment- und Geschäftsbanken durch das Gespann Clinton-Greenspan, auf das der ein ausufernder Eigenhandel der Banken mit immer verrückteren – und riskanteren – Finanzinstrumenten folgte. Da sind zudem der Konkurrenzdruck der Globalisierung und der tendenzielle Fall der Profitrate, die dazu führen, dass die Renditen in der Realwirtschaft als nicht mehr ausreichend erscheinen und der globale Kapitalismus ein neues, profitträchtiges Anlagefeld entwickeln musste. Die hohen Gewinnchancen auf den Finanzmärkten wurden nun auch für die produktive Ökonomie interessant: Porsche etwa war schon vor Jahren als Bank mit angegliederter Autoproduktion bekannt. Auch die Banken selbst machten ihr Geschäft immer weniger mit Krediten für die produzierende Wirtschaft oder den Hausbau, sondern ebenfalls per Eigenhandel im Kasino.

Die Krise hat also vielfältige Ursachen, und es wäre eine unzulässige Vereinfachung, wenn man behaupten würde, die hohe Konzentration von Vermögen sei schuld an der Krise. Und dennoch: die Finanzmärkte hätten längst nicht die Macht, die sie haben, wenn sie nicht so viel Geld bewegen könnten. Und das können sie wiederum nicht zuletzt aufgrund der Reichtumskonzentration in den Händen weniger, die so viel Geld haben, dass sie es längst nicht mehr für den Konsum verwenden können. Wäre die Verteilung gleichmäßiger, würden die Ersparnisse dagegen eher nachfragewirksam, was die Realwirtschaft gegenüber dem Kasinokapitalismus stärken würde.<sup>3</sup>

1 S. dazu Protest Spurs Online Dialogue on Inequity, New York Times 8.10.2011

2 Zitiert von Stockhammer, Engelbert: Von der Verteilungs- zur Wirtschaftskrise. Die Rolle der zunehmenden Polarisierung als strukturelle Ursache der Finanz- und Wirtschaftskrise, Papier im Auftrag der Arbeiterkammer Wien 2011.

3 Unter wachstumskritischen Vorzeichen wäre dieser keynesianische Kreislauf höherer Einkommen und höheren Konsums allerdings neu zu diskutieren – eine Diskussion, der an anderer Stelle mehr Platz eingeräumt werden muss.

Wenn das Geld als Lohn oder als staatliche Transferleistung in der Bevölkerung ankommt, dann erhöht dies den allgemeinen Wohlstand und damit auch die Nachfrage. Wenn es aber bei jenen ankommt, die ohnehin mehr haben, als sie tatsächlich ausgeben können, dann wird das Geld auf den Finanzmärkten angelegt mit dem einzigen Ziel, sich scheinbar aus sich selbst heraus zu vermehren.

Seit den 1980er-Jahren, seit Thatcher und Reagan, wurde von der Politik dafür gesorgt, dass sich Arbeit und Einkommen zunehmend entkoppelten: Die Macht der Gewerkschaften wurde gebrochen, und ein Niedriglohnsektor wurde durch arbeitsmarktpolitische Deregulierung und einen Abbau des Sozialsystems bewusst geschaffen. Die Folge: die Löhne stagnieren und der Anteil der Löhne am Volkseinkommen schrumpft. In Deutschland etwa erreichte die bereinigte Lohnquote<sup>4</sup> 2008 mit 61% ein Rekordtief, während im Gegenzug die Gewinne im Finanzsektor geradezu explodierten – Gewinne, aus denen fast ausschließlich die Vermögen der ohnehin schon Vermögenden gespeist werden.

Geradezu unnötig zu sagen, dass sich diese Entwicklung nicht in den Steuereinnahmen des Staates widerspiegelt, so dass die theoretisch segensreiche Verteilungswirkung von Steuern nicht greift. Im Gegenteil haben die Steuerreformen der vergangenen Jahre nicht nur in Deutschland noch zu einer Umverteilung von unten nach oben noch beigetragen.<sup>5</sup>

### Ein paar Daten zur Einkommens- und Reichtumskonzentration

„Es geht nicht um Verteilungsgerechtigkeit, es geht um Chancengerechtigkeit“, hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder die Weichen gestellt. „Eine Gesellschaft lebt dynamischer, wenn es Ungleichheiten gibt“, verkündete Schröders Wirtschaftsminister Werner Müller. SPD-Fraktionschef Peter Struck fand, die traditionelle SPD-Position, „von den Reichen nehmen, um den Armen zu geben“, könne nicht länger „die Politik unserer modernen Gesellschaft sein“.<sup>6</sup>

Die Folge: die Einkommen der obersten und der untersten zehn Prozent der Bevölkerung weisen seit 2000 eine dramatische Auseinanderentwicklung auf. Am einen Ende des Spektrums ließen sich exponentielle Steigerungen der Managerbezüge durchsetzen, am anderen Ende wurde mit voller Absicht ein prekärer Niedriglohnsektor geschaffen.<sup>7</sup>

Der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen sank zwischen 1980 und 2010 von gut 73% auf 63%. Wie das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) 2010 des DIW weiter zeigt, schrumpfte von 1999 bis 2009 das Einkommen des untersten Dezils um 9,6%, während das oberste Dezil 16,6% hinzugewann. Bei den nicht ganz so gut Verdienenden war der Einkommenszuwachs längst nicht so stark. Schon im zweitobersten Dezil betrug er nur mehr 3,2%.

Passend dazu meldete die Hans-Böckler-Stiftung, dass die durchschnittliche Vergütung der Vorstandsmitglieder zwischen 2008 und 2010 um 21% gestiegen sei, ohne die noch hinzukommenden Leistungen zur Altersvorsorge.<sup>8</sup> Die Krise haben diese Kreise damit längst hinter sich gelassen: Ihr Einkommensniveau näherte sich schon im vergangenen Jahr wieder dem Rekordjahr 2007 an. 11,5 Millionen Menschen, 14% der deutschen Bevölkerung, lagen mit ihrem verfügbaren Einkommen dagegen unter der von der EU definierten Armutrisikoschwelle – rund ein Drittel mehr als vor zehn Jahren. Dieser Anstieg ist in seiner Geschwindigkeit europaweit einzigartig.

Im internationalen Vergleich wächst die Einkommensungleichheit in Deutschland überdurchschnittlich schnell. OECD-Daten über die Veränderung des Gini-Koeffizienten, einem Indikator für die Ungleichverteilung, 1980-2000 zeigen, dass ist Deutschland bei der Auseinanderentwicklung an sechster Stelle steht, nach Ländern wie den USA und Portugal, aber auch Finnland.<sup>9</sup> Damit ist die Ungleichheit bei den Einkommen mehr als doppelt so stark wie im OECD-Durchschnitt angewachsen.

Betrachtet man nun die Vermögen in Deutschland, so ergeben Schätzungen von Allianz Global Investors, dass das durchschnittliche Bruttogeldvermögen 2010 um knapp 220 Mrd. € gestiegen ist und zum Jahresende den neuen

4 D.h. unter Berücksichtigung der Veränderungen beim Anteil der Lohnabhängigen an der gesamten Erwerbsbevölkerung. Die Lohnquote ist 2009 infolge der Lehman-Pleite und der darauffolgenden Krise wieder leicht gestiegen, nicht etwa weil die Löhne erhöht wurden, sondern weil die Einkommen aus Kapital zurückgingen, doch dieser Trend blieb zeitlich eng begrenzt.

5 Mehr dazu in Liebert, Nicola: Steuergerechtigkeit in der Globalisierung, Münster 2011.

6 Alle Zitate aus Spiegel: Der große Graben, 17.12.2007

7 Diese Entwicklung, bei der die Einkommensschere vor allem nach unten weiter aufgeht, von der ILO als „collapsing bottom“ beschrieben, ist ein Alleinstellungsmerkmal Deutschlands. In den anderen Ländern, in denen sich die Schere sehr weit öffnete – das sind vor allem die angelsächsischen Länder –, waren es dagegen in erster Linie die Einkommen der Topverdiener, die sich überproportional erhöhten (ILO: Global Wage Report 2008/2009, Genf 2008).

8 [http://boeckler.de/14\\_37883.htm](http://boeckler.de/14_37883.htm)

9 OECD: StatExtracts 2010, Income Distribution - Inequality

Höchststand von 4,88 Bio. € erreichte. Im Durchschnitt besaß jedeR BundesbürgerIn damit 59.900 €, fast 3000 € mehr als im Vorjahr (was aber hauptsächlich den damaligen Kursgewinnen an der Börse zu verdanken war). Die Zahl der Vermögensmillionäre in Deutschland belief sich 2009 auf gut 860.000, 6% mehr als im Krisenjahr 2008, aber auch deutlich mehr als in den vorangegangenen Jahren. In den vergangenen zwölf Monaten stieg, Krise hin oder her, der Wert der 100 größten deutschen Vermögen laut Manager Magazin um 6,5% auf 307,35 Mrd. €.

Das DIW hatte unter Einbeziehung der Immobilienvermögen für 2008 ein mittleres Nettovermögen (also unter Abzug der Schulden) von 88.034 € pro Person ab 17 Jahren festgestellt – ein Plus von 10% innerhalb von fünf Jahren.<sup>10</sup> Durchschnittswerte verschleiern die tatsächlichen sozialen Zustände im Land. Der vom DIW ermittelte Vermögenszuwachs fand nämlich fast allein im 99. Perzentil statt, dessen individuelles Vermögen sich im Schnitt 2007 auf netto 817.181 € belief. Schon beim Median, also beim 50. Perzentil, betrug der Zuwachs nur mehr 1,9%. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung verfügten demnach über 61,1% des Gesamtvermögens – 2002 waren es erst 57,9% gewesen. 27% der Bevölkerung haben dagegen kein oder sogar negatives Vermögen, vulgo: Schulden.

Stefan Bach vom DIW macht eine noch drastischere Rechnung auf.<sup>11</sup> Diese basiert auf den Haushaltsbefragungen des SOEP, die jedoch ergänzt wird durch die Angaben aus dem Manager Magazin, das regelmäßig eine Liste mit Schätzungen über die besonders schwer zu erfassenden Superreichen veröffentlicht. Demnach verfügt das reichste 0,1 Prozent der bundesdeutschen Haushalte über mehr als ein Fünftel der gesamten Vermögen:

<i>Bevölkerungsgruppe</i>	<i>Vermögensanteil laut SOEP</i>	<i>Anteil inklusive der Liste der Superreichen</i>
Untere 50 Prozent	1,7%	1,4%
Top 10 Prozent	60,1%	66,6%
Top 1 Prozent	23,3%	35,8%
Top 0,1 Prozent	8,6%	22,5%

Über die weltweiten Vermögen geben die Global Wealth Reports von Capgemini und Merrill Lynch Wealth Management Auskunft. Sie interessieren sich vor allem für eine Spezies Mensch mit dem schönen Namen High Net Worth Individuals (HNWIs), denen diese Firmen ihre Dienste anbieten. 2009 hatten weltweit nicht einmal ein Prozent aller Haushalte ein investierbares Geldvermögen von über 1 Mio. US-\$. Diese Haushalte besitzen allerdings 38% aller Vermögenswerte weltweit. Für 2010 warten die Vermögensexperten mit der beruhigenden Nachricht auf, dass sich die globale HNWI-Population und der Vermögenszuwachs (der Zuwachs, nicht die Vermögen!) stabilisiert hätten. Fast 11 Millionen Individuen galten demnach als HNWIs, 8,3% mehr als im Vorjahr; bei den Ultra-HNWIs (mind. 50 Mio. US-\$) betrug der Zuwachs sogar 11,5%.

Ein Drittel ihres Vermögens halten diese Reichen übrigens in Form von Aktien und etwas weniger als ein Drittel in Anleihen. Unter den sonstigen Anlagen sind Immobilien weit verbreitet, und Rohstoffe und deren Derivate erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Die deutschen DurchschnittssparerInnen haben ihr Vermögen, sofern vorhanden, hingegen zu 39% bei Banken und Sparkassen in Form von Sicht- und Spareinlagen oder Sparbriefen angelegt und nur zu etwa 28% in Kapitalmarktprodukten (Aktien, Anleihen und Fondsanteile). Man muss nicht näher erläutern, dass es die Vermögen der Superreichen und nicht die aggregierten Ersparnisse der Normalbevölkerung sind, die für die Potenzierung der Risiken in den Finanzmärkten verantwortlich sind.

Spitzenreiter beim Zuwachs an Millionären waren Singapur, Malaysia, die Slowakei und China. Knapp 29% aller HNWIs finden sich jedoch nach wie vor in den USA, und da die USA auch für die globalen Finanzmärkte eine große Rolle spielen, sollen die Ungleichheiten in diesem Land hier noch etwas näher betrachtet werden.

Nur auf den ersten Blick sieht die Einkommensentwicklung hier ganz gut aus. Im Jahr vor Ausbruch der Finanzkrise, also von 2006 auf 2007, stiegen die Einkommen durchschnittlich um ordentliche 3,7%. Doch auch hier verdeckt der Durchschnitt den Blick darauf, dass in Wirklichkeit die Zuwächse zum allergrößten Teil an die ganz oben auf der Einkommensleiter gehen. Das oberste eine Prozent der Haushalte erzielte ein Plus von fast 7% und erhält damit 24% des gesamten von US-AmerikanerInnen erarbeiteten Einkommens.<sup>12</sup> Aber selbst den Bestverdienenden machte nur eine kleine Gruppe den großen Reibach. An die Top 0,01 Prozent – 15.000 Haushalte mit einem Jahreseinkommen über 11 Mio. US-\$ – gingen mehr als 6% des Einkommens.

10 Frick, Joachim R.; Grabka, Markus M.: Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW Wochenbericht Nr. 4 2009, S. 54–67

11 [www.vermoegensteuerjetzt.de/images/studien/Praesentation\\_Bach.pdf](http://www.vermoegensteuerjetzt.de/images/studien/Praesentation_Bach.pdf); die Angaben basieren auf einer Studie über eine Vermögensabgabe für die Grüne Bundestagsfraktion.

12 Saez, Emmanuel: Striking it Richer: The Evolution of Top Incomes in the United States, University of California 5.8.2009, <http://escholarship.org/uc/item/8dp1f91x#page-8>

Nicht nur die Einkommensschere öffnet sich immer weiter, sondern – zum Teil infolge der hohen Einkommen an der Spitze – auch die des Reichtums. 34,6% des gesamten Nettovermögens von US-amerikanischen Privathaushalten konzentrieren sich beim reichsten ein Prozent der Bevölkerung.<sup>13</sup> Während auf die unteren 90 Prozent der AmerikanerInnen nur 27% des Gesamtvermögens entfällt, verfügen die obersten zehn Prozent laut dem Institute for Policy Studies über 73% (gegenüber rund 61% in Deutschland). Die neusten verfügbaren Daten stammen allerdings aus dem Jahr 2007. Das Platzen der Immobilienblase dürfte seither aber vor allem bei den weniger Begüterten, deren einziges Vermögen oft aus dem Eigenheim besteht, noch weiter an der Substanz gezehrt haben.

### Reichtumskonzentration und Krisenanfälligkeit

Paul Krugman warnte schon vor fast einem Jahrzehnt vor Zuständen wie kurz vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise.<sup>14</sup> Im neuen Jahrtausend sind die USA, sowohl was die Ungleichheit als auch die Anfälligkeit für Finanz- und Wirtschaftskrisen anbelangt, etwa wieder da angelangt, wo sie im so genannten Gilded Age waren, dem goldenen Zeitalter, das der Weltwirtschaftskrise unmittelbar voranging, konstatierte er.

Zwischen 1979 und 1997 war demnach das Einkommen nach Steuern des reichsten einen Prozent der US-Bevölkerung um 157% gestiegen, während sich der Zuwachs bei den Haushalten in der Mitte der Skala auf 10% beschränkte. 1970 bezogen die 0,01% an der Spitze 0,7% aller privaten Einkommen; 1998 waren es 3%. Neuere Daten (s.o.) zeigen, dass es inzwischen noch viel schlimmer geworden ist: Für 2007 wird der Anteil des Top-0,01 Prozent nun mit 6% beziffert. Selbst 1928, als die Ungleichheit scheinbar einen Gipfel erreicht hatte, waren es nur 5%.

Nicht nur wegen drohender sozialer Unruhen – siehe prominente Vertreter wie Sacco und Vanzetti damals und die „Occupy Wall Street“-Bewegung heute – ist eine solche Ungleichheit nicht tragfähig, sondern auch weil sie für eine Fehlallokation von Ressourcen zu Lasten der Realwirtschaft sorgt. Durch die schrumpfenden Lohnquoten und die Umverteilung von unten nach oben entsteht eine Nachfragerücke, die für konjunkturelle Krisen sorgt. In vielen Krisenländern, darunter auch Spanien oder Griechenland, trug zudem die zunehmende relative Verarmung der ärmeren 90 Prozent der Bevölkerung zu einer privaten Überschuldung bei, die zusätzliche destabilisierend wirkte. Vor allem in den USA ließen sich viele dazu verführen, ihr Haus zu verpfänden, was in den Immobiliencrash führte, der am Anfang der aktuellen Krise stand.

Hinzu kommen infolge der Reichtumskonzentration in den Händen weniger wachsende Spekulationsrisiken, die gerade in schwach regulierten Märkten zu Finanzkrisen führen, durch die letztlich die gesamte Wirtschaft in einen Krisenstrudel gerissen wird. So wie 1929 und wie noch einmal 2008. Denn diejenigen, die das Geld nun an sich gerissen haben – oft durch Erbschaft, durch immer verrücktere Managerbezüge oder durch ihre Tätigkeit im Finanzsektor – erwarten dafür schließlich ordentliche Renditen, auf die aber nur in einem Kasinokapitalismus, der immer riskantere und rasantere Finanzgeschäfte ermöglicht, eine gewisse Aussicht besteht. Vermögen werden also zu einem beträchtlichen Teil nicht mehr produktiv angelegt, sondern spekulativ – mit allen Risiken, die dies in sich birgt.

Solange es nur einzelne Spekulanten sind, tragen sie das Risiko, auch das des Totalausfalls, selbst. Wird aus der Spekulation jedoch eine Massenbewegung, an der sich neben reichen Individuen auch Fonds<sup>15</sup>, Unternehmen und vor allem auch Banken (Stichwort Eigenhandel) beteiligen, tritt ein Zustand ein, den man als „too many to fail“ bezeichnen könnte. Die Risiken werden systemisch. Soll das System im Krisenfall nicht kollabieren, muss der Staat – bzw. die Gemeinschaft der Steuerzahler – im Zweifel einspringen. Was er bekanntlich auch tut.

Aus der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre zogen zumindest die USA einige wichtige Lehren: Da war zum einen eine strenge Finanzmarktregulierung, deren bekanntestes Element wohl der Glass-Steagall Act ist, der für die Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken sorgte. Zum anderen wurden unter Roosevelt nicht nur Arbeitsbeschaffungsprogramme wie aus dem keynesianistischen Lehrbuch durchgeführt, die mit Infrastrukturinvestitionen einhergingen, von denen die USA heute noch zehren. Damals brach eine Epoche vergleichsweise geringer Ungleichheit an, die mit hoher finanzpolitischer Stabilität einherging und die vom New Deal bis weit in die Nachkriegszeit

13 Eine eindrucksvolle grafische Darstellung findet sich unter <http://motherjones.com/politics/2011/02/income-inequality-in-america-chart-graph>

14 Krugman, Paul: For Richer, New York Times Magazine 20.10.2002

15 Nicht nur die Reichen mehren mit ihrem Geld die Macht der Finanzmärkte. Weil die staatliche Rentenversicherung in den USA nur ein minimales Grundeinkommen sichert, sind auch ganz normale Erwerbstätige gezwungen, Altersvorsorge über private Pensionsfonds zu betreiben. Diese sind zu immer mächtigeren Playern auf den Märkten geworden, seit die Privatisierung der Daseinsvorsorge auch in den Schwellenländern und in Europa um sich greift. Nicht nur die Vermögenskonzentration ist also ein Problem, sondern auch der Mangel an staatlicher Vorsorge und Umverteilung. Im Umkehrschluss muss die Forderung lauten: mehr Sozialversicherung und mehr Steuereinnahmen! Siehe dazu Liebert, Nicola: Die guten Kapitalisten, <http://www.monde-diplomatique.de/pm/.dossier/finanzen.id,200709140036>

reichte.<sup>16</sup> Für diese Betrachtung ist das interessanteste Element der damaligen Krisenbekämpfungsstrategie der USA ihre Finanzierung: Sie erfolgte hauptsächlich durch Steuern – Steuern, die nicht nur eine Einnahme-, sondern auch eine Umverteilungswirkung haben!

Der Spitzensatz der Einkommensteuer, der bis zum Crash 1929 bei nur 25% gelegen hatte, wurde in den 1930er-Jahren stufenweise auf 79% angehoben, um dann nach den Zweiten Weltkrieg auf 91% zu steigen. Die von konservativer und liberaler Seite mantrahaft wiederholte Behauptung, hohe Einkommensteuersätze seien leistungsfeindlich und stünden der wirtschaftlichen Entwicklung somit im Weg, kann seither als widerlegt gelten. Erst 1964 wurde der Spitzensatz wieder gesenkt, verharrte aber bis zum Anbruch der Reaganomics bei 70%. Heute ist er mit 35% gerade noch halb so hoch und das auch erst ab einem Jahreseinkommen von rund 379.000 US-\$.<sup>17</sup>

### Umverteilung von Vermögen durch eine Vermögensabgabe

Wie erwähnt sind die Ursachen der Krise vielfältig, und an ebenso vielen Stellen müssen daher auch die Lösungsvorschläge ansetzen. So kann kein Zweifel an der Notwendigkeit einer strikten Re-Regulierung der Finanzmärkte, der Zerschlagung der Großbanken, eines Schuldenerlasses für überschuldete Staaten und der Einführung einer Finanztransaktionssteuer bestehen, an der Durchsetzung eines Mindestlohns und einer generell expansiven Lohnpolitik sowie staatlicher Investitions- anstelle von Sparprogrammen. Hier soll jedoch auf zwei Strategien näher eingegangen werden, die sich direkt auf die Reichtumskonzentration beziehen: eine Vermögensabgabe und eine Vermögensbesteuerung.

Denn wie ein „Senior Economist“ der Allianz bei der Vorstellung des Global Wealth Reports der Versicherung frank und frei erklärte: Die Verschuldung sei nur „die halbe Geschichte. Es gibt ja viel Vermögen, Privatvermögen.“ Und weiter „Alle apokalyptischen Untergangsszenarien sind verfrüht. Denn die Substanz ist ja da.“<sup>18</sup> Von dieser Feststellung aus ist der Schritt zu der Forderung, dass die überschuldeten Staaten die vorhandenen Vermögen zur Finanzierung der Schulden bzw. der Krisenkosten heranziehen, nur noch ein sehr kleiner.

Bei der Abgabe handelt es sich um eine zweckgebundene Einzelmaßnahme, als deren Vorbild der Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg gelten kann. Damals ging es um eine Umverteilung von denen, deren Vermögen auch nach dem Krieg noch intakt waren, zu denen, die durch Krieg oder Vertreibung das meiste oder alles verloren hatten. Auch heute ist eine Umverteilung wieder dringend nötig, aus Gründen der Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs, aber auch im Interesse einer wirtschaftlichen und fiskalischen Stabilisierung. Die Grünen, die einen entsprechenden Vorschlag im Januar 2011 vorgelegt haben, nennen als Zweck der Abgabe den Ausgleich der Kosten der Finanzkrise.<sup>19</sup> Das Lastenausgleichsgesetz von 1952 sah eine Abgabe vor, die ursprünglich 50% der Vermögen umfassen sollte und deren Zahlung über 30 Jahre gestreckt wurde. Auch die grüne Vermögensabgabe sieht eine Streckung vor, wenn auch nur über zehn Jahre, und ein Aufkommen von 100 Mrd. €.

In einer Studie im Auftrag der Grünen geht das DIW dabei von sehr großzügigen Freibeträgen aus, durch die niemand um Omas Häuschen fürchten müsste (1 Mio. € persönlicher Freibetrag, 250.000 Kinderfreibetrag und 5 Mio. € für Betriebsvermögen bei gleichzeitiger Begrenzung der Abgabebelastung auf 35% der laufenden Erträge).<sup>20</sup> Um dann auf 100 Mrd. € innerhalb von zehn Jahren zu kommen, würde laut DIW-Schätzung ein Abgabensatz von nur 0,87% genügen. Über die gesamte Laufzeit hinweg würden 7,18% der Vermögen abgegeben werden müssen. Aufgrund der enormen Reichtumskonzentration wären bei diesen Freibeträgen nur etwa 330.000 Personen überhaupt betroffen.

Durch nur minimal höhere Abgabensätze und ggf. geringere Freibeträge könnten, sofern politisch gewollt, natürlich auch weitaus höhere Einnahmen für den Staat erzielt werden.

16 Zwar wird oft betont, dass es insbesondere die Vorbereitung auf den Zweiten Weltkrieg und der anschließende Wiederaufbau unter US-Hegemonie waren, die für das wirtschaftliche Wohlergehen in dieser Zeit maßgeblich waren. Doch wie die zahlreichen von den USA angeführten Kriege der jüngeren Zeit zeigen, sind Rüstungs- und Wiederaufbauprogramme keineswegs hinreichende Bedingungen für wirtschaftliche Erfolge.

17 Die Reichen würden vom Gesetzgeber umhegt, „als seien wir Fleckenkäuze oder eine andere vom Aussterben bedrohte Tierart“, beschwerte sich unlängst Warren Buffett, der drittreichste Mensch der Welt, auf einer Anhörung des US-Senats. Er selbst habe vergangenes Jahr nur 17,4% Steuern zahlen müssen, seine Angestellten im Schnitt aber 36%.

18 Zitiert in Spiegel: Die Spur des Geldes, Nr. 38, 19.9.2011

19 Paus, Lisa; Trittin, Jürgen et al.: Die grüne Vermögensabgabe, Autorenpapier, 14.1.2011, <http://www.gruene-bundestag.de/cms/finanzen/dok/367/367285.html>

20 Bach, Stefan; Beznoska, Martin; Steiner, Viktor: Aufkommens- und Verteilungswirkungen einer Grünen Vermögensabgabe, Forschungsprojekt im Auftrag der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIW Berlin: Politikberatung kompakt 59, Berlin 23.12.2010, [www.gruene-bundestag.de/cms/finanzen/dokbin/367/367284.gutachten\\_aufkommens\\_und\\_verteilungswirk.pdf](http://www.gruene-bundestag.de/cms/finanzen/dokbin/367/367284.gutachten_aufkommens_und_verteilungswirk.pdf)

## Wiedereinführung der Vermögensteuer

Eine Vermögensabgabe allein mag zwar die Reichen an den Kosten der von ihnen mit verursachten Finanzkrise beteiligen, aber sie ist nur eine einmalige Angelegenheit, die nicht dazu geeignet ist, der Verteilungsungleichheit strukturell etwas entgegenzusetzen. So sympathisch die Forderung sein mag, sie sollte nicht als Ersatz für die Wiedereinführung der Vermögensteuer verstanden werden.

Vermögenssteuern wurden in Deutschland nur bis 1996 erhoben, obwohl ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht die Steuer selbst, sondern lediglich die Art ihrer Erhebung für verfassungswidrig erklärt hatte. Zur Begründung verwies das Gericht auf die steuerliche Bevorzugung von Immobilien und Grundbesitz gegenüber Geldvermögen, weil erstere nicht nach ihren jeweiligen Marktwerten bewertet wurden.

Bei den Einnahmen des deutschen Staates spielt die Besteuerung von Vermögen – seit Abschaffung der reinen Vermögensteuer geschieht das in Deutschland nur noch durch Erbschaft- und Grundsteuern – mit lediglich 2,3% der gesamten Staatseinnahmen (inklusive Sozialabgaben) eine auch im internationalen Vergleich äußerst untergeordnete Rolle. In den USA mit ihren hohen Grundsteuern etwa sind es 12,1%, in Großbritannien 11,6%, in Japan 9,4% und in Frankreich, dem einzigen westeuropäischen Land mit klassischer Vermögensteuer, 7,8%.<sup>21</sup>

Als Argumente gegen eine Vermögensbesteuerung wird von interessierter Seite gerne angeführt, dass diese erstens die Vermögensbildung und damit Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen behindere. In Wirklichkeit aber wurden die gebildeten Vermögen bekanntlich im Allgemeinen nicht für realwirtschaftliche Investitionen, sondern als Spielgeld auf den Finanzmärkten eingesetzt. Überdies könnte ja auch der Staat mit dem eingenommenen Geld vermutlich effizienter für die Schaffung von Arbeitsplätzen sorgen, als es die Vermögenden tun. Zweitens würde das Kapital, das scheue Reh, durch die Besteuerung nur ins Ausland getrieben. Dem ist entgegenzuhalten, dass der Staat sich in Reaktion auf die Steuer- und Kapitalflucht nicht einfach in vorseilendem Gehorsam selbst wie eine Steueroase gebärden darf, sondern dass er Steueroasen vielmehr bekämpfen muss und auch kann – etwa durch Abschlagsteuern auf alle Transaktionen mit Steueroasen oder der Entzug der Banklizenzen für Banken mit Niederlassungen in Steueroasen.

Vielfach wird als Argument gegen ihre Wiedereinführung auch genannt, dass die alte Vermögensteuer dem deutschen Fiskus nur umgerechnet 4,5 Mrd. € pro Jahr einbrachte und deshalb den Verwaltungsaufwand nicht wert sei.<sup>22</sup> Der Grund war, dass die Immobilienvermögen steuerlich viel zu gering bewertet wurden, weil die Erhebung auf Einheitswerten aus dem Jahr 1964 in West- und 1935 in Ostdeutschland basierte.

Eine erneute Vermögensbesteuerung muss sich also zwei Problemen stellen: der Erfassung und der Bewertung der jeweiligen Vermögen. Immobilien sind leicht zu erfassen, doch eine Feststellung der Verkehrswerte ist aufwändig. Bei den Geldvermögen wiederum ist zwar nicht die monetäre Bewertung, dafür aber die Erfassung das Problem. Unabdingbar für die steuerliche Erfassung der Geldvermögen sind – wie übrigens auch für eine stringente Kapitalertragsbesteuerung – die Bekämpfung der Steueroasen, ein automatischer Informationsaustausch mit den Steuerbehörden anderer Länder und eine Aufhebung des Bankgeheimnisses. Die Bewertung von Grundbesitz, die neben der Vermögensteuer auch für die Grund-, und die Erbschaftsteuer entscheidend ist, kann bei vermieteten Immobilien anhand der erzielbaren Jahresmiete angelehnt an einen Mietspiegel erfolgen. Bei selbst genutzten Immobilien könnten die Grundstückswerte von Gutachtern pauschal für unterschiedliche Lagen erhoben werden. Im Rahmen der Erbschaftsteuerreform 2009 wird dies ohnehin schon weitgehend umgesetzt. Das DIW schätzt die Befolgungskosten der Vermögensteuer auf 1,8 Mrd. € im Jahr und die Verwaltungskosten auf 0,5 Mrd. €. Zusammen wäre das nur ein Fünftel der erzielbaren Einnahmen.

Bei einer besseren Erhebung könnte eine Steuer von nur 1% auf alle Geldvermögen über 500.000 € nach Berechnungen von ver.di zu Mehreinnahmen von fast 16 Mrd. € führen. Andere Modelle wie das der Gruppe Solidarische Einfachsteuer oder das des DIW kommen netto, also nach Abzug der Verwaltungs- und Befolgungskosten, auf jährlich 8-13 Mrd. €.<sup>23</sup>

21 OECD: Revenue Statistics 1965-2009, Paris 2010. Angaben beziehen sich auf das Jahr 2008.

22 Selbst wenn man in Missachtung der zunehmenden Reichtumskonzentration bescheiden davon ausgeht, dass die zu versteuernden Vermögen seither nur im Gleichschritt mit der Inflation anwachsen, wären das aber immerhin inzwischen auch Einkünfte für den Staat von 5,6 Mrd. € pro Jahr.

23 S. hierzu ver.di: Vermögensteuer Erbschaftsteuer. Millionen zahlen Steuern – Millionäre sollen es auch, Berlin 2003; Gruppe Solidarische Einfachsteuer: Konzept für eine „solidarische Einfachsteuer“ (SES). Gerechte Steuern – öffentliche Finanzen stärken, 2. überarbeitete Fassung, Juli 2005, <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m2405b.pdf>; Bach, Stefan: Brauchen wir eine Vermögen- und Erbschaftsteuer? in: Truger, Achim (Hrsg.): Können wir uns Steuergerechtigkeit nicht mehr leisten?, Marburg 2005

Auf einer Veranstaltung der Initiative Vermögensteuer jetzt!<sup>24</sup> stellte Stefan Bach vom DIW folgende Rechnung auf: Bei einem Steuersatz von 1% und bei den sehr großzügigen Freibeträgen, die schon für die Vermögensabgabe angenommen wurden (1 Mio. € persönlicher Freibetrag, 250.000 Kinderfreibetrag und 5 Mio. € für Betriebsvermögen) könnte der Staat mit einem Steueraufkommen von 14 Mrd. € pro Jahr rechnen. Das entspricht knapp 3% der gesamten Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Jahr 2010; es ist aber immerhin mehr als das, was der Fiskus von der Kapitalgesellschaften einnahm (12 Mrd. €). Von dieser Steuer wären gerade einmal 0,6 Prozent der Bevölkerung betroffen, die aber schätzungsweise fast ein Drittel des gesamten Vermögens auf sich vereinen.<sup>25</sup>

Die Chancen, eine solche Steuer politisch umzusetzen, dürften in der Krise gestiegen sein – ähnlich wie bei der noch vor wenigen Jahren von fast allen Politikern völlig verpönten Finanztransaktionssteuer. Selbst immer mehr Reiche stellen inzwischen fest, dass es so nicht weitergehen kann. Ein finanziell ausgetrockneter Staat und drohende soziale Unruhen sind schließlich nicht in ihrem Interesse. So verlangten in Frankreich 16 Superreiche in einer Zeitungsanzeige „Besteuert uns“, nachdem der Premierminister gerade sein neustes Sparpaket vorgestellt hatte. Auch der Ferrari-Aufsichtsrat Luca di Montezemolo, der Investor Warren Buffett und in Deutschland der Reeder Peter Krämer sowie der Motoröhlhersteller Ernst Prost fordern, die Vermögenden stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen.

Bislang erhebt Frankreich als einziges westeuropäisches Land noch eine Vermögensteuer, und zwar zwischen 0,55% und 1,8% auf alle Vermögen über 790.000 Euro. Die Steuer, von der nur gut eine halbe Million Steuerzahler betroffen sind, bringt dem Fiskus 3,2 Mrd. € pro Jahr ein. Präsident Sarkozy will die Grenze allerdings auf 1,3 Mio. € heraufsetzen und zwecks Haushaltskonsolidierung in der Krise überdies eine Reichensteuer von 3% auf alle Jahreseinkommen über 500.000 € einführen. Auch die italienische Regierung will nach längerem Hin und Her eine ähnliche Reichensteuer einführen; von einer Vermögensteuer ist dort jedoch nicht die Rede.

Schweden, Finnland, Luxemburg, Spanien – sie alle hatten ihre Vermögensteuern erst in den vergangenen Jahren abgeschafft. Doch zumindest die spanische Regierung hat die Abschaffung der dortigen Vermögensteuer 2007 durch die sozialistische Vorgängerregierung inzwischen offen als Fehler bezeichnet und im September 2011 die Steuer wieder eingeführt. Sie greift bei Vermögen ab 1 Mio. € und soll jährlich 1 Mrd. € bringen.

Umverteilen durch Steuern – dafür sind Vermögensteuern nur ein Element, wenn auch eines mit hohem Symbolgehalt. Dennoch kann dies nicht die einzige Forderung bleiben, erstens weil die wachsenden Vermögen zumindest zum Teil auch aus immer höheren Einkommen an der Spitze gespeist werden und zweitens weil die Einkommensteuer, von der viel mehr Menschen betroffen sind als von einer Vermögensteuer, auch mehr zu den Einnahmen des Staates und damit mehr zur Umverteilung zurück von oben nach unten beitragen kann.

Eine Reichensteuer, die ihren Namen verdient (anders als die eher lächerlichen 45% ab 250.000 € Jahreseinkommen, die hierzulande unter diesem Begriff laufen) ist daher eine sinnvolle Ergänzung einer Vermögensteuer. Auch der Spitzensatz der Einkommensteuer sollte wieder auf ein vernünftiges Maß angehoben werden – zum Beispiel von derzeit 42% auf 56%. Dieser Satz galt in der Bundesrepublik bis 1990. Nicht nur, dass davon die Welt nicht untergegangen war – wirtschaftlich war das nicht die schlechteste Zeit gewesen. Ergänzt werden sollte dies durch eine lineare Progression, also der Abschaffung des so genannten Mittelstandsbauchs, der in Wirklichkeit vor allem die unteren Einkommensgruppen betrifft. Je steiler der Progressionsverlauf, desto höher die Umverteilungswirkung der Einkommensteuer.

Und noch etwas: Progressive Steuersysteme machen glücklich! Dies meldet die Association for Psychological Science.<sup>26</sup> Eine Untersuchung in 54 Ländern ergab: Je steiler die Progressionskurve ist, desto höher schätzten die Befragten auch ihre Lebensqualität ein.

---

24 Veranstaltung am 27.6.2011, s. Fußnote 11

25 Solch großzügige Freibeträge hätten den Vorteil, dass dadurch eine Wiedereinführung der Vermögensteuer auf größere Akzeptanz stoßen dürfte, sondern auch, dass dadurch die Erhebungskosten deutlich geringer ausfallen.

26 Pressemitteilung unter [www.psychologicalscience.org/index.php/news/releases/a-more-progressive-tax-system-makes-people-happier.html](http://www.psychologicalscience.org/index.php/news/releases/a-more-progressive-tax-system-makes-people-happier.html)